

20.09.2016

Haushalts- und Finanzausschuss
Christian Möbius MdL

Einladung

103. Sitzung (öffentlich)
des Haushalts- und Finanzausschusses
am Donnerstag, dem 29. September 2016,
nachmittags 13.30 Uhr, Plenarsaal,

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

<p>Hinweis: Im Anschluss findet eine weitere Sitzung des HFA statt. Hierzu ergeht eine gesonderte Einladung.</p>
--

Gemäß § 53 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags berufe ich den Ausschuss zu dieser Sitzung ein und setze folgende Tagesordnung fest:

Tagesordnung:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/12500

- Öffentliche Anhörung

gez. Christian Möbius
- Vorsitzender -

F. d. R.

Frank Schlichting
Ausschussassistent

Öffentliche Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein- Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 16/12500

am 29. September 2016, 13.30 Uhr, Plenarsaal

VERTEILER

Städtetag Nordrhein-Westfalen
Köln

Städte- und Gemeindebund NRW
Düsseldorf

Andreas Meyer-Lauber
Vorsitzender DGB NRW
Düsseldorf

Manfred Lehmann
Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dr. Michael Thöne
Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut
Universität Köln
Köln

Bernadette Stolle
Matthias Neu
Geschäftsführung
Die Landespersonalrätekonferenz der
wissenschaftlichen Beschäftigten an den
Hochschulen und Universitätsklinika in
Nordrhein-Westfalen
c/o Universität Duisburg-Essen
Essen

Landkreistag Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Arbeitsgemeinschaft der
kommunalen Spitzenverbände
Köln

Dr. Gustav Horn
Institut für Makroökonomie und
Konjunkturforschung
Düsseldorf

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt
Dr. Döhrn
RWI Essen
Essen

Udo Schlüter
Eine Welt Netz NRW
Münster

Prof. Dr. Stelzer-Rothe
Präsident
Hochschullehrerbund –Landesverband
NRW
Wissenschaftszentrum Bonn
Bonn

AiF e.V. Arbeitsgemeinschaft industrieller
Forschungsvereinigungen "Otto von
Guericke" e.V.
Köln
Geschäftsführer Industrielle
Gemeinschaftsforschung: Dr. -Ing.
Burkhard Schmidt

Josef Tumbrinck
NABU Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Gertrud Servos
Vorsitzende des
Landesbehindertenrates (Netzwerk von
Frauen und Mädchen mit Behinderungen)
Landesbehindertenrat NRW
Münster

Bernward Brink
Gesellschaft für innovative
Beschäftigungsförderung mbH
Bottrop

Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Ver.di
Landesbezirksleitung NRW
Landespolitisches Verbindungsbüro
Wolfgang Herbertz
Düsseldorf

Christel Steylaers
Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler
Frauenbüros / Gleichstellungsstellen
Remscheid

Benjamin Kinkel
SchLAu NRW
c/o Schwules Netzwerk NRW e.V.
Köln

Heinz Wirtz
Bund der Steuerzahler NRW
Düsseldorf

Professor Dr. Gisela Färber
Deutsche Hochschule
Für Verwaltungswissenschaften
Speyer

Hermann Zaum
Landesgeschäftsführer des Paritätischen
Wohlfahrtsverbandes in Nordrhein-
Westfalen
Wuppertal

Andreas Johnsen
Freie Wohlfahrtspflege
Köln

Hermann Zaum
Landesgeschäftsführer
des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes
in Nordrhein-Westfalen
Wuppertal

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Essen

Krankenhausgesellschaft
Nordrhein-Westfalen
Soziale-Vereine
Düsseldorf

AIDS-Hilfe Nordrhein-Westfalen e.V.
Köln

Antje Buck
Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler
Frauenbüros / Gleichstellungsstellen
Mülheim an der Ruhr

LAG Lesben in NRW e. V.
Frau Gabriele Bischoff
Düsseldorf

Präsidentin Dr. Brigitte Mandt
Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Prof. Dr. Michael Hüther
Institut der Deutschen Wirtschaft Köln
Köln

PricewaterhouseCoopers
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Peter Detemple
Saarbrücken

Walter Schneeloch
LandesSportbund NRW e.V.
Duisburg

Dr. Ralf Mittelstädt
IHK NRW
Düsseldorf

Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag e. V.
Düsseldorf

DIE FAMILIENUNTERNEHMER - ASU
DIE JUNGEN UNTERNEHMER - BJU
Düsseldorf

Krankenhausgesellschaft NRW (KGNW)
Dr. Rossels
Düsseldorf

Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz
der Fachhochschulen
Herrn Prof. Dr. Marcus Baumann
c/o Hochschule Bochum
Bochum

Arbeitsgemeinschaft der Kanzlerinnen und
Kanzler der Fachhochschulen NRW
Sprecher: Heinz-Joachim Henkemeier u.
Loretta Salvagno
c/o Fachhochschule Dortmund
Koordinierungsstelle Dortmund
Dortmund

Roland Staude
Deutscher Beamtenbund
Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

BITKOM
Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und neue Medien e.V.
Dr. Bernhard Rohleder
(Hauptgeschäftsführer)
Berlin

Unternehmer.NRW
Landesvereinigung der
Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen e.V.
Düsseldorf

Westdeutscher Handwerkskammertag
Düsseldorf

BKU - Bund Katholischer Unternehmer e.V
Köln

Vorsitzender
der Landesrektorenkonferenz
der Universitäten in NRW
Herrn Prof. Dr.-Ing. Gerhard Sagerer
c/o Universität Bielefeld
Bielefeld

Sprecherin der Kanzlerinnen und Kanzler
der Universitäten NRW
Herrn Dr. Roland Kischkel
c/o Bergische Universität Wuppertal
Wuppertal

Deutscher Hochschulverband NRW
Landesverbandsvorsitzender
Nordrhein-Westfalen
Universitätsprofessor Dr. Wolfgang Löwer
Universität Bonn
Rechts- und Staatswissenschaftliche
Fakultät
Institut für öffentliches Recht

Harald Elster
Präsident
STEUERBERATER-VERBAND e.V. KÖLN
Köln

Herrn Geschäftsführer
Wolfgang Heer
Bundesverband Glasfaseranschluss e.V.
(BUGLAS e. V.)
Köln

Landesarbeitsgemeinschaft
Mädchenarbeit in NRW e. V.
Wuppertal

Behinderten –und
Rehabilitationssportverband Nordrhein-
Westfalen e. V.
Duisburg

Dipl.-Volksw. Andre Busshuven
Geschäftsführer
Verband Freier Berufe Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

LSVD Landesverband NRW e. V.
Landesgeschäftsstelle
Köln

Landesverband
autonomer Frauen-Notrufe NRW e. V.
c/o Frauenberatungsstelle Düsseldorf e. V.
Düsseldorf

Landeskonzferenz der
Gleichstellungsbeauftragten der
Hochschulen und Universitätsklinika des
Landes Nordrhein-Westfalen
LaKof NRW
Koordinierungsstelle
c/o Universität Paderborn
Paderborn

Anhörung Haushalts- und Finanzausschuss
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans
des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017
(Haushaltsgesetz 2017)

- Fragenkatalog (von den Fraktionen vorab schriftlich eingereichte Fragen) –

1. Aufgrund des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfonds wird die Landesregierung die Zuführungen an den Versorgungsfonds zur finanziellen Absicherung der Beamtenpensionen ab 2017 drastisch kürzen. Ab 2018 sollen nur noch 200 Mio. Euro jährlich zugeführt werden. Bislang war für 2017 eine Zuführung von knapp 800 Mio. Euro geplant. Die Zuführungen steigen bislang zudem jeweils um mehr als 100 Mio. Euro jährlich an, so dass in 2020 mit einer Zuführung von mehr als 1,1 Mrd. Euro zu rechnen gewesen wäre. Welche Auswirkungen hat die drastische Reduzierung der Vorsorge für Beamtenpensionen auf die haushalterischen Spielräume zukünftiger Haushaltsgesetzgeber bzw. Generationen?
2. Der Bund hebt die Finanzkraft leistungsschwacher über allgemeine Bundesergänzungszuweisungen an. In der Mittelfristigen Finanzplanung rechnet die Landesregierung für den Finanzplanungszeitraum mit einer unterdurchschnittlichen Finanzkraft im Länderdurchschnitt. Insgesamt sollen die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und aus allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen deshalb von 1,5 Mrd. Euro im Jahr 2016 auf fast 2,0 Mrd. Euro im Jahr 2020 ansteigen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung, auch aus wirtschaftlicher Perspektive, langfristig?
3. Welche Auswirkungen haben Weichenstellungen der Landesregierung im Landeshaushalt auf die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen, vor allem im Hinblick auf die Mehrinvestitionen im Bereich Krankenhäuser und Uniklinken und auf Infrastrukturmaßnahmen wie Breitbandausbau und den Ausbau digitaler Infrastruktur? Wie beurteilen Sie in dem Zusammenhang den Rückgang der Investitionsquote von 9,0 % in 2017 auf 8,3 % in 2020?
4. Wie beurteilen Sie die im Landeshaushalt für den Bereich Digitalisierung insgesamt bereitgestellten Mittel?
5. Wie beurteilen Sie den Steuereinnahmeansatz von 54,6 Mrd. Euro für 2017? Welche Auswirkungen werden sich möglicherweise durch die November-Steuerschätzung ergeben? Wie beurteilen Sie, dass neben hohen steigenden Steuereinnahmen auch die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen überproportional steigen?
6. Wie beurteilen Sie den Steuereinnahmeansatz in der Mittelfristigen Finanzplanung von 60,4 Mrd. Euro für 2020? Welche Auswirkungen werden sich möglicherweise durch die November-Steuerschätzung ergeben?

7. Wie beurteilen Sie, dass die Landesregierung in der mittelfristigen Finanzplanung keine weitere Vorsorge für die Lasten aus der Abwicklung der ehemaligen WestLB AG trifft?
8. Wie beurteilen Sie die im Haushaltsentwurf enthaltenen Globalen Minderausgaben von 895 Millionen Euro sowie die Globalen Mehreinnahmen von 580 Millionen Euro? Wird der Landeshaushalt durch Globale Minderausgaben strukturell konsolidiert?
9. Wie beurteilen Sie den um in der Summe um 2.661 steigenden Stellenbestand auf insgesamt 295.644 Stellen im Haushaltsentwurf 2017? Wo sehen Sie Möglichkeiten von Stellenumschichtungen, um den Stellenbedarf zu decken?
10. Wie bewerten Sie die Notwendigkeit einer entschlossenen Haushaltskonsolidierung auch zur Begrenzung der zukünftigen Zinsbelastungen? Hat der Haushalt für eventuell steigende Zinsen Vorsorge getroffen?
Welche Gefahren drohten andernfalls für Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche wie Bildung und Forschung?
11. Der Haushaltsentwurf 2017 enthält mittlerweile fast 11.000 kw-Vermerke, die im Wesentlichen in den Einzelplänen 03 (MIK), 04 (JM), 05 (MSW), 11 (MAIS) und 12 (FM) enthalten sind. Hiervon sollen über 4.800 kw-Vermerke im Jahr 2018 und fast 2.800 kw-Vermerke im Jahr 2019 realisiert werden. Wie beurteilen Sie die Realisierbarkeit der kw-Vermerke und insbesondere die in den Jahren 2018 und 2019?
12. Wie beurteilen Sie die im Haushaltsentwurf 2017 vorgesehenen Investitionen der Landesregierung in Bildung, Inklusion in den Schulen, innere Sicherheit, Infrastruktur, Bürgerservice und die Integration von Geflüchteten?
13. Wie bewerten Sie die Höhe des Beteiligungsanteils des Bundes an den Landesausgaben für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten?
14. Wo sehen Sie konkrete Einsparungspotenziale bzw. mögliche Effizienzgewinne?
15. Wie beurteilen Sie die konjunkturellen Auswirkungen der Investitionen im Rahmen der Unterbringung von Flüchtlingen?
16. Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Bildungsetats (U3/Schule/Hochschule) im Vergleich zu anderen Bundesländern?
17. Wie beurteilen Sie die aktuelle Diskussion um Steuersenkungen und sehen Sie dafür aus Landessicht Spielräume ohne entsprechende Gegenfinanzierung?
18. Wie beurteilen Sie die sinkende Neuverschuldung Nordrhein-Westfalens vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen wie etwa der Bewältigung des großen Zuzugs von Geflüchteten, großen Infrastrukturbedarfen und überschuldeten Kommunen?